

Weiterhin Streit über amerikanische Befugnisse

„Unsere Feinde dürfen nicht zuerst zuschlagen“, betonten die Vereinigten Staaten von Amerika gestern und begründeten damit ihr Anrecht auf Massenvernichtungswaffen und militärische Präemption. Trotz dieser Einstellung kamen heute immerhin Teileinigungen zustande.

Zwei im Sicherheitsrat verabschiedete Resolutionen bekräftigen die nuklearwaffenfreie Zone des südamerikanischen Kontinents und sollen Israel, Pakistan und Indien „unter umfassenden Sicherheitsgarantien der internationalen Gemeinschaft“ zur Abrüstung bewegen. Dazu ist vorgesehen, diese Staaten auf einer Konferenz zum Beitritt in den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) zu bewegen. Gegen Staaten, die ihr Atomprogramm offen oder geheim vorantreiben und nicht zu vollständiger Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft bereit sind, können nach dem Resolutionsbeschluss Sanktionen verhängt werden. Derweil akzeptierte die Generalversammlung einen vom Hauptausschuss I eingereichten Resolutionsentwurf, welcher die Errichtung

einer kernwaffenfreien Zone im Nahen Osten vorsieht.

Bei der Diskussion um die „Aufnahme des Mittels der militärischen Präemption in die Charta der Vereinten Nationen“ konnte dagegen bis zum Nachmittag keine Einigung erzielt werden. Gegner der militärischen Präemption erarbeiteten einen Resolutionsentwurf, der die Verurteilung dieses Mittels beinhaltet,

von Amerika und anderen Staaten jedoch abgelehnt wurde. Eine hitzige Debatte, in der die Delegierten über die Ursachen des weltweiten Terrorismus stritten, sorgte für Aufsehen, als kapitalistisch orientierte Nationen indirekt als „Heuschrecken“ bezeichnet wurden. „Wir drehen uns im Kreis“, fasste der Delegierte Costa Ricas zusammen.

(hb, sw)



Kommentar: Die Norddeutsche Zeitung

Das große Interesse an der Norddeutschen Zeitung hat die Redaktion natürlich sehr erfreut. Wenn Delegationen nach Redaktionsschluss zweifelt darum bitten, ihre Stellungnahme noch mit in die kommende Ausgabe aufzunehmen und früh morgens bereits eine rege Nachfrage bezüglich dieser Ausgabe herrscht, dann beweist das, wie wichtig eine eigene

Zeitung für MUN ist. Sollten uns dann unter Zeitdruck ein paar kleine Fehler unterlaufen, so möge man uns diese doch bitte verzeihen!

Ebenso möchte sich die Redaktion bei allen Lesern entschuldigen, die durch unsere in Ausgabe 3 beigefügte Sonderbeilage verwirrt wurden und an die tatsächliche Entführung von 150 UN-Soldaten glaubten. Hierzu

ist anzumerken, dass sich die einzigen MUN-externen Meldungen, die wir je veröffentlichten, in der Rubrik „Pressespiegel“ befunden haben.

Liebe Leser und Leserinnen, die Redaktion dankt für die Unterstützung seitens der Abgeordneten und Chairs und freut sich auf das nächste MUN, das in Baden-Württemberg stattfinden wird!

„Das war so nicht in Ordnung“

Kritik am gestrigen Fernsehbericht Seite 4

Interview mit Generalsekretär

Henner Schröder lobt MUN-SH Seite 5

„Die Füße tun mir schon weh“

Der KOMM-Service ist eine unschätzbare Hilfe... Seite 5

Liebe im Landtag Schockierende Enthüllungen...

Seite 6

Beschlüsse der Gremien

Eine Zusammenfassung Seite 3

IMPRESSUM

V. i. s. d. P.:
Isabella Augart (ia)

Redaktion:
Jana Brestel (jab)
Hans von der Burchard (hb)

Marlies Hagge (mh)
Veit Lehmann (vl)
India Roth (ir)
Vanessa-Zoe Vitsilakis (vv)
Samantha Weidemann (sw)

Layout:
Hendrik Wohlfahrt (hw)

heutige Druckauflage:
250 Exemplare

Ruhiger letzter Tag im Hauptausschuss 3

Formalien zur Flüchtlingsproblematik

Auffällig einig waren sich heute die Delegierten des Hauptausschusses 3 im Kern des Themas Flüchtlingsproblematik. Obwohl die Entscheidung zum entsprechenden Resolutionsentwurf bis Redaktionsschluss noch nicht gefallen ist, stach bei der heutigen Sitzung heraus, dass sich kaum um Inhaltliches gestritten wurde. Hier und da ein paar Formulierungen, aber insgesamt gleichgesonnen: Über dem Selbstbestimmungsrecht der Völker steht die „Achtung der Menschenrechte in Fluchtländern“, welche die Flüchtlingssituation entschärfen soll. Genauer gesagt macht sich die UN, falls die Resolution in jetziger Form verabschie-

det wird, die „Aufklärung der Bevölkerung“ zur Aufgabe. Dadurch sollen Flüchtlingsströme präventiv verhindert werden. Auch wenn seitens Belize der Einwand kam, dass mit dem Resolutionsentwurf eine mangelnde Konkretisierung jener Prävention vorliege, war man sich insgesamt einer Meinung. Lediglich die „Stärkung der Wirtschafts- und Infrastruktur“ gab noch Anlass zum Meinungsaustausch, weil einige Staaten jene als einzige längerfristige Lösung ansahen, andere auch auf weitere Faktoren wie den notwendigen Demokratisierungsprozess in den betroffenen Ländern hinwiesen.

(ir)

Problem AIDS – Schwierigkeiten bei den Einzelheiten

Über die weltweite Bedeutung und Problematik des Themas AIDS sind sich in Kommission I alle Staaten einig. Doch die Formulierung einer Resolution, die von der Zentralafrikanischen Republik eingereicht wurde, sorgte für Konfliktpotenzial und hitzige Debatten. Besonders der Delegierte Saudi-Arabiens äußerte Kritik an den „sinnlosen Feststellungen“ der Delegation Albanien, welche

die inhaltliche Debatte häufig unterbrochen und einen Konsens in weite Ferne rückten. Es wurde eine verstärkte Forschung sowie Entwicklung von Medikamenten beschlossen. Zudem wurde internationale Hilfe gefordert um Fortschritte erzielen zu können. Uneinigkeit herrschte allerdings über die Auflistung der Mittel, die für die Prävention verwendet werden sollen.

(jab)



Lage im Sudan weiter kritisch – der Sicherheitsrat informiert

Zur Lage der im Sudan entführten UN-Blauhelm Soldaten erreichte uns folgende Stellungnahme des Sicherheitsrates:

„Nachdem die Weltgemeinschaft noch immer um die zehn exekutierten Soldaten trauert, scheint sich die Lage im Südsudan noch nicht zu entspannen.

Diplomaten aus allen an der UNMIS (United Nations Mission In Sudan) beteiligten Ländern Mission verhandeln die ganze Nacht mit Unterhändlern der Rebellenorganisation SPLA (Südsudanische Volksbefreiungsbewegung).

Nach momentanem Stand scheinen sich die Truppen der sudanesischen Regierung langsam zurückzuziehen und ein Kontingent von mehreren hundert Blauhelm Soldaten erreichte das Krisengebiet um dort für die Sicherheit der dort lebenden Menschen ein zu stehen.

Die noch sich in Geiselschaft befindlichen 140 Blauhelmsoldaten seien, laut Stellungnahme der SPLA, alle am Leben. Die Vereinten Nationen haben jedoch Grund zur Annahme, dass sich die Lage der internationalen Geiseln weiterhin verschlechtere.

Meldungen zufolge, die uns

heute Nacht von der SPLA zugespielt wurden, werde es in den nächsten Tagen weitere Opfer geben, sofern Vereinte Nationen und das illegitime Regime der Republik Sudan ihren Truppenaufmarsch auf Territorium der SPLA fortsetzt.

Die SPLA beharrt auf das Referendum zur Unabhängigkeit einer Christlichen Republik Sudan, welches im Friedensvertrag vom Januar dieses Jahres zugesichert wurde, sieht jedoch Verstöße dagegen auf Seiten des Sudans. Die SPLA ist laut eigener Stellungnahme bereit, Aufbauhilfe durch zivile Mitarbeiter

und Militärbeobachter der UN auf dem Territorium der zukünftigen Christlichen Republik Sudan zu dulden.

Viele Mitglieder der Vereinten Nationen sprachen sich für ein weiteres, intensives Engagement des Sicherheitsrates aus. Die Hoffnung auf einen baldigen Frieden schwindet langsam, doch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Sicherheitsrates ist noch gegeben, wie ein Regierungsvertreter des UNMIS Mitglieds Österreich bekräftigt.“

Anmerkung der Redaktion: Es handelt sich um eine Simulation einer Krisensituation.

Resolutionsbeschlüsse der verschiedenen Gremien

Generalversammlung:

- 1) Kindersoldaten
- 2) Rassismus
- 3) Kernwaffenfreie Zone
- 4) Präemption

Sicherheitsrat:

- 1) Afghanistan; Einrichtung einer Sonderkommission
- 2) Sudan; Reaktion auf Geiselnahme an Blauhelmsoldaten
- 3) Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen auf dem lateinamerikanischen Kontinent

Kommission I:

- 1) Rolle der Frau
- 2) AIDS
- 3) Eindämmung des Bevölkerungswachstums
- 4) Situation industrieller Schwellenländer

Kommission II:

- 1) Kinderarbeit
- 2) Frauenrechte

Kommission III:

- 1) Schutz der Regenwälder
- 2) Allgemeiner Klimaschutz und alternative Energiequellen
- 3) Wasserressourcen und -versorgung

Kommission IV:

- 1) Chancengleichheit in der Bildung
- 2) Gentechnik in der Nahrungsmittelindustrie
- 3) Gefahreneindämmung von Naturkatastrophen

Hauptausschuss 1:

- 1) Kernwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten

Hauptausschuss 3:

- 1) Rassismus

WiSo- Rat:

Unterstützung von Staaten, denen Wirtschaftssanktionen auferlegt sind
viele weitere Resolutionen der anderen Kommissionen wurden vom WiSo- Rat abgezeichnet



Stellungnahme

von Konrad Scheuermann
(Delegierter Chinas, Sicherheitsrat)

Bezugnehmend auf die Darstellung im Artikel „China bereit zur Abrüstung“, China hätte seine Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren „kontinuierlich erhöht“, stelle ich hiermit fest, dass diese Aussage nicht den Tatsachen entspricht. Vielmehr ist es so, dass sich der chinesische Militärhaushalt seit Jahren auf einem Niveau von 30 Mrd. US-Dollar bewegt und es sich bei der angesprochenen Erhöhung lediglich um einen Inflationsausgleich handelt.

Abstimmung in der Generalversammlung

„Werte, für die es sich zu kämpfen lohnt“

Interview mit Tim Volkheimer, dem amerikanischen Delegierten im Sicherheitsrat, über die Zukunft Afghanistans, den Prozess gegen Saddam Hussein und die Vorwürfe gegenüber seiner Nation

NZ: Vier Jahre nach dem Kriegsbeginn in Afghanistan ist die Lage des Staates noch immer instabil und Osama Bin Laden konnte noch nicht gefasst werden. Wurden hier Fehler begangen?

Antwort: Zunächst weisen wir den Vorwurf, die Lage in Afghanistan sei instabil, in soweit zurück, dass es dem afghanischen Volk mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten gelungen ist, eine Demokratie zu errichten, die auch in großen Teilen der Bevölkerung akzeptiert wird - wie die hohe Wahlbeteiligung bei der letzten Parlamentswahl ge-

zeigt hat. Dennoch sind wir uns natürlich im Klaren darüber, dass ein großer Bedarf besteht, diese Demokratie zu festigen. Deswegen setzen die Vereinigten Staaten verstärkt darauf, afghanische Militärs und Polizeitruppen auszubilden und somit die Verantwortung besonders im Süden des Landes zu übertragen. Und Osama bin Laden befindet sich immerhin auf der Flucht und wird nicht beherbergt.

NZ: Wie lange, glauben Sie, werden U.S.-Truppen noch in Afghanistan und dem Irak stationiert sein?

Antwort: Die US-Truppen werden in den Ländern so lange stationiert sein, wie es die Lage erfordert. Wobei wir uns natürlich bemühen, immer mehr Verantwortung an nationale Truppen zu übertragen.

NZ: Was erhoffen sich die USA von dem Prozess gegen Saddam Hussein?

Antwort: Die Vereinigten Staaten haben den Irak bei der Errichtung einer unabhängigen, demokratischen Judikative und Verfassung unterstützt. Ich zitiere die amerikanische Regierung: „Der Prozess gegen Saddam

ist nun Sache der irakischen Bevölkerung“

NZ: Was entgegnen Sie den Vorwürfen, Ihr Land betreibe eine imperialistische Politik nur nach eigenen Interessen und vernachlässige die Ziele der Weltgemeinschaft?

Antwort: Die Vereinigten Staaten vertreten Freiheit und Demokratie als Werte, für die es sich lohnt zu kämpfen. Deswegen bieten die Vereinigten Staaten – allen Nationen voran – dem internationalen Terrorismus die Stirn. (hb)

Berichterstattung des Fernsehteams in der Kritik

In der gestrigen Sendung des Fernsehteams wurde über Desinteresse an MUN-SH gesprochen und gleichzeitig eine Filmaufnahme, der etwas geistesabwesend guckenden Judith Kändler aus der kolumbianischen Delegation, gezeigt. Bei einem Kurzgespräch mit der NZ zeigte sich Judith hingegen als sehr lebendige und fröhliche Person, welche den Fernsehbericht als „sehr unglücklich zusammengeschnitten“ bezeichnet. Es seien lediglich die schlechten Bildausschnitte von ihr gezeigt worden. „Ich hab es

zwar nicht ganz so schwer genommen, aber in Ordnung war das so nicht“, kritisierte sie das Fernsehteam. Auch andere Delegierte äußerten ihre Unzufriedenheit. (hb)



Fröhlichkeit statt Desinteresse:
Judith Kändler

Standpunkt

von Andreas Engelberger
(Vorsitzender der Kommission IV)

Uns ist zu Ohren gekommen, dass Gerüchte über die Langeweile in der K IV existieren. Hierzu ist zu sagen, dass die K IV eines der produktivsten und interessantesten Gremien ist. Sicher kann nicht immer Hochspannung herrschen, aber danach ist es eine Unmöglichkeit, diesen Ausschuss so zu diskreditieren. Der Vorsitz erwartet eine persönliche Entschuldigung, wie übrigens das Gremium auch.



Andreas Engelberger
(Kommission IV)

Berechtigte Gewalt? Religion im Nahen Osten als Mittel zum Zweck

Als am 29.11.1947 auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen der Teilungsplan Palästinas verabschiedet wird, beginnt das Fiasko, das nun schon seit vielen Jahrzehnten im Nahen Osten nicht enden will.

In den Zeitungen oft schon nebenläufig: die ständigen Meldungen über Terroranschläge, Selbstmordattentäter religiöse Rechtfertigungen. Da hört man Begriffe wie „heiliges Land“, das irgendjemandem seit Jahrtausenden zustände, „Sterben im Auftrag Gottes“. Biografien „schwarzer Witwen“ erobern die Bestseller-Listen. All das löst weltweite Schockiertheit aus: „Was ist das für ein Mensch, der sich und seine Kinder freiwillig in die Luft jagt?“

Ort des Geschehens ist Israel, wo sich zwei religiöse Völkergruppen feindselig gegenüber stehen und bekriegen.

Die Palästinenser leben zwangsweise im Westjordanland, nördlich von Israel, sowie im östlichen Gaza-Streifen. 97% der Palästinenser sind Muslime, die restlichen 3% stellen Christen. Die Palästinenser kämpfen heute um Unabhängigkeit. Demgegenüber die Israelis, ihre Religion

ist eine andere. 80% der israelischen Bevölkerung sind Juden, auch Muslime (15%) und Christen (4%) sind vertreten. Israel besetzt die Gebiete des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens. Warum nicht einfach den Palästinensern ihr Stückchen Land lassen?

Die Antwort scheint so leicht. Doch hier kommt der Grundkonflikt zutage: Ihre gegensätzlichen Glaubensrichtungen geraten aufgrund ihrer unterschiedlichen Moralvorstellungen immer wieder aneinander. Die Israelis beharren auf die von ihnen besetzten Gebiete. Diese seien „heiliges, biblisches Land“ und die Juden hätten ein Recht darauf. Sie haben eine territoriale Verbindung zu ihrem Glauben, auf die sie unter keinen Umständen verzichten können. Folglich: Israelis als Streitstifter?

In öffentlichen Augen allerdings wird das Verhalten der Palästinenser aufs Höchste

missbilligt. Diese bestehen ebenso religionsbegründet auf besagte Landteile. Immer wieder werden Israelis als Geiseln genommen, gefoltert und ermordet. Und dies alles doch ebenso im Auftrage der Religion, an welche die Menschen glauben und worauf sie ihre Hoffnungen setzen. Ist dies Rechtfertigung genug, auf Gewalt zurückzugreifen?

Oder, welche Religion ist die richtige?

Die UNO ist bei dieser Frage gespalten. USA und England setzen auf Gewalt, oder jedenfalls auf Androhung dergleichen. 60% der von der NATO im Nahen Osten stationierten Soldaten sind aus den USA und Großbritannien. Auch Soldaten der Nachbarländer Israels machen einen Teil der Soldaten aus. Aus anderen Ecken schallt allerdings auch immense Kritik an solcher Einmischung. Vor allem die USA ist immer wieder Zielscheibe der Vorwürfe, sich

als „Weltpolizei aufzuspielen“. Jüngstes Beispiel ist der Irak-Krieg. Amerika entschied sich für Gewalt, um die Gewalt zu bekämpfen. Solange der Glaubenskonflikt in Israel nicht gelöst wird, besteht wenig Chance auf Frieden

Wie aber soll es weitergehen, in einem Land voller Glauben und Hoffnung, wo schwerer Weihrauch in der Luft liegt? Wer unterscheidet Verbrecher, die ihre Bluttaten mit der Religion decken von denen, die an diese wirklich glauben? Darf sich überhaupt jemand anmaßen, über Religion zu urteilen?

Bei Verneinung dieser Frage wäre die Arbeit der UNO schon hinfällig.

Man kann nur hoffen, dass die Friedensverhandlungen irgendwann einen Erfolg nämlich ein Ende des Glaubenskrieges-ergeben.

(vv)

„Auch ich musste erst in die Rolle des Generalsekretärs schlüpfen“

Henner Schröder, 25 Jahre, kommt aus Kiel, studiert an der Hager Fernuniversität BWL und ist der Generalsekretär von MUN-SH.



MUN-Norddeutsche Zeitung: Wie kommst du zu MUN-SH allgemein?

Henner Schröder: Klaas Ole Kürtz, der Projektleiter von MUN-SH, hat mich vor einhalb Jahren angesprochen. Die Rolle des Generalsekretärs war damals bereits für mich vorgesehen, weil ich so gerne viele Reden halte.

MUN-NZ: War dein Interesse an Politik auch ausschlaggebend?

HS: Ja, an der Weltpolitik ist auf jeden Fall ein großes In-

teresse vorhanden.

MUN-NZ: Was sind deine Aufgaben als Generalsekretär?

HS: Ich bin der oberste Repräsentant sowie Ansprechpartner im Rahmen der Delegation. Zudem werde ich in Gremien gerufen, um Fragen des Regelwerks zu klären und auch um Berichte zur aktuellen Lage zu überbringen. Das kam bis jetzt einmal im Sicherheitsrat vor, als ich bekannt gab, dass 150 Blauhelm-Soldaten im Sudan entführt worden sind.

MUN-NZ: Was hast du dabei für Erfahrungen gemacht?

HS: Die Delegierten akzeptieren meine Autorität und halten sich ans Regelwerk. Sie stehen auf, wenn ich den Raum betrete. Insgesamt würde ich es als einen respekt-

vollen Umgang bezeichnen. Ich habe aber ebenso die Erfahrung gemacht, dass ich auch erst in die Rolle des Generalsekretärs schlüpfen muss und bereite mich daher schon im Voraus genau auf meine Reden vor.

MUN-NZ: Wie würdest du den jetzigen Verlauf von MUN-SH bewerten?

HS: MUN-SH hat meine Erwartungen übertroffen. Besonders die Eröffnungsveranstaltung war sehr gut gelungen – ich durfte auch sitzen. Hervorragend fand ich auch die Präsentation der einzelnen Länder.

MUN-NZ: Was erwartest du vom Diplomatenball?

HS: Ich freue mich auf eine Veranstaltung, bei der sich Teilnehmer und Teamer von der Arbeit den Gremien entspannen können. (mh, ia)

„Die Füße tun mir schon weh“

Der KOMM-Service ist eine unschätzbare Hilfe. Welche Informationen erfahren sie bei ihrem Blick hinter die Kulissen? Geheime Botschaften, Bundesligaergebnisse - das Mitteilungsbedürfnis der Delegierten war unerschöpflich. Der KOMM-Service benötigte sogar Französisch, um auch verschlüsselte Post zu überblicken, wie Carolin Dose verriet. Die Komm-Helfer betonen die Höflichkeit, Freundlichkeit und Sympathie der Delegierten. „Wir bekommen einen guten Eindruck darüber, wie es in der UN abläuft“, meinte Theis Middendorf. Viele konnten sich vorstellen, selbst Teilnehmer bei MUN zu sein.

(mh, ia)



„MUN – gespielter Ernst“

Zum Abschluss befragte die „Norddeutsche Zeitung“ noch mal ein paar Teilnehmer nach ihren witzigsten und/oder schlimmsten Erlebnissen und wollten außerdem von ihnen wissen: MUN-SH – Spiel oder Ernst?

Sylvia Günthner, 19 Jahre, aus Stuttgart

„Hab viel gelernt bei 'ner Menge witziger Erlebnisse: z.B. bei der Rede des pakistanischen Delegierten, dass Frauen keine Regenschirme brauchen („Zwischen Bad und Küche regnet's nicht.“). Ich habe das norddeutsche „Moin moinle“ gelernt.

Diese MUN-Veranstaltung

ist ernster als die letzten. Die Leute wissen wohl nicht wie weit sie gehen können ...“



Sebastian Ambrus, 16 Jahre, aus Stuttgart

„Das Witzigste war auf jeden Fall der Resolutionsentwurf zu Frauenrechten... Schlimm war meine Rüge, als ich dem Vorsitz mitteilte, wie witzig er

ja heute wieder sei.

MUN-SH ist gespielter Ernst! Bei zwölf Stunden Sitzung pro Tag muss man schon ein bisschen Spiel mit reinbringen, sonst wird's öde.“



Anna-Lena Fastner, 18 Jahre, aus Hamburg

„Am witzigsten war stellenweise tatsächlich das Streit-

gespräch um die Todesstrafe, weil einige Diskussionen tierisch komisch waren.

Für mich ist MUN-SH ein Spiel. Es ist toll, sich in die Rolle eines anderen Landes einzufinden, aber trotzdem gibt's ja keine wirkliche Bekriegung.“ (ir)



Impressionen

Ein Delegierter bittet, seinen linken Schuh ausziehen zu dürfen, dem wird stattgegeben.

Ein Delegierter spricht von der Sowjetunion anstatt der russischen Föderation.

Cuba: „...kapitalistische Heuschrecken, die hiermit versuchen ihren Imperialismus

auszuweiten“

Eritrea: „Man tritt nicht in den Arsch, in den man nachher kriechen möchte“

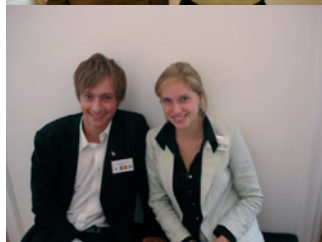
Humor auf pakistanisch: „Die Frau braucht keinen Regenschirm, weil es von der Küche zum Schlafzimmer nicht regnet“

„Wussten sie, wieso es uns 2000 Jahre so gut ging? Weil die Frauen unterdrückt wurden“

„Ich habe nichts gegen Frauen, ich habe selber sechs“

„Wir werden penetriert!“ USA (Albanien versucht dem Parlament klarzumachen, wie man Aids mithilfe von Gleitcreme vermeiden kann.

China: „Es kann nicht sein, dass Kinder verhungern müssen, weil sie nicht arbeiten dürfen!“ (vv, vl)



Moin und Moinle

MUN zwischen Kiel und Stuttgart

Viele der Teammitglieder und Chairs im Kieler Landtag stammen aus dem Umfeld von MUN-BW in Stuttgart. Bei vielen Schwaben kursieren deshalb Vorurteile über die Delegierten aus dem Hohen Norden. So wären die Norddeutschen ziemlich kühl und verwenden ständig „moin“. Isabelle Steinke, Chair der Kommission II und MUN-BW-erfahren, stellte fest: „Die norddeutschen Teilnehmer sind viel zurückhaltender und wenig polemisch.“ Als mögliche Gründe nannte sie das unterschiedliche Temperament und die Auswahl der Leute. (mh)

Liebe im Landtag

Fehlt unseren Vorsitzenden menschliche Nähe? Wie uns zwei anonyme Informanten berichteten, sollen sich zwei männliche und zwei weibliche Chairs gestern Nacht näher gekommen sein.

„Ich dachte ich seh nicht richtig und dann auch noch zu viert!“ Sichtlich aufgewühlt schilderte Robert G. (Name von der Redaktion geändert) den Anblick, der sich ihm beim Betreten seiner Unterkunft bot. Eigentlich hatte er vor, bei einem Mitglied der MUN zu übernachten, sein Platz war allerdings besetzt. Die genauen Geschehnisse der Party liegen noch im Dunkeln; bekannt ist, dass sich männliche und weibliche Abgeordnete eine Couch zum „Schlafen“ teilten. An Schlafanzüge hatte offensichtlich niemand gedacht. Schamlosigkeit oder Mut zu mehr Nähe? (vl)

MUN-SH – Politik bewegt sich

Wo man hinsieht, ist Bewegung: Die Delegierten kommen aus einer Sitzung, haben 10 Minuten Pause und trotzdem, alle unterhalten sich angeregt über Politik. Von außen schnappe ich nur Fetzen auf: „Es geht doch ums Volk“ oder aber auch „Ich könnte mir den Job richtig gut auf Dauer vorstellen“.

Wenn dann die männlichen Delegierten aufstehen und während ihrer Beiträge ihr Jackett zuknöpfen, muss ich fast schmunzeln. Wie ernst die Teilnehmer MUN-SH nehmen und trotzdem auf dem Teppich bleiben und sachlich ihre Rolle spielen, ist im-

ponierend. Das Engagement der Teilnehmer, das weit über das gewohnte Maß hinausgeht, ist neben den Sitzungen auch im Presseteam zu spüren: Noch nach Redaktionsschluss kommen Delegationen, ohne sich auch nur im geringsten die Anstrengung des langen Sitzungstages anmerken zu lassen, um in der „Norddeutschen Zeitung“ für ihre Politik zu werben, sich zu rechtfertigen, in jedem Fall aber: Stellung zu beziehen.

MUN-SH ist eine einmalige Möglichkeit für junge Leute, sich im Farbe-bekennen zu üben - und das auf verschiedenste Art und Weise. Für die

Mutigen mit einer Unmenge an Redebeiträgen, für andere mit detaillierten Resolutionsentwürfen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass alle Teilnehmer von MUN-SH etwas mit nach Hause nehmen. Ob es die politische Auseinandersetzung ist, das Durchsetzungsvermögen oder die Tatsache, dass Frauen keinen Regenschirm brauchen... mit Sicherheit die Erinnerung an viel Spaß und viel Ernst.

Zugegeben, der WiSo-Rat verändert diesen Eindruck etwas, aber: Die spinnen eben, die Saudi-Arabier (und Tigerenten). (ir)

Wer jetzt richtig Lust auf internationale Politik hat – MUN-SH 2006 sucht begeisterte Teilnehmer und zukünftige Organisatoren. Informationen unter 2006@mun-sh.de
Auch die Schwaben bieten vom 25.–29. April 2006 bei MUN-BW wieder spannende Diskussionen und 100% Spaß an Politik – auf nach Stuttgart!